

Deutsche Angestellten-Gewerkschaft

DAG NRW · Postfach 20 02 40 · 4000 Düsseldorf 1

An den
Vorsitzenden der Arbeitsgruppe
"Personalbedarf und Stellenpläne"
des Landtags
Herrn Leo Dautzenberg
Haus des Landtags

4000 Düsseldorf

Landesverband
Nordrhein-Westfalen
Abt. Öffentlicher Dienst

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
10. WAHLPERIODE
ZUSCHRIFT
10/3021

MMZ 10/3021

Ihre Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unsere Zeichen

(0211) 13 00 2-63

Datum

Mk/Ho

12.10.89

Betr.: Anhörung der Berufsverbände zum "Personalbedarf und Stellenpläne des Landes NRW"
hier: Ergänzung zu unserer Stellungnahme zum Haushaltsentwurf 1990,
Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Einzelplan 07

Sehr geehrter Herr Dautzenberg,

ergänzend zu unserem Vortrag vor dem Ausschuß im Landtag am 4.10.1989 möchten wir Ihnen auch noch unsere Forderungen für den Einzelplan 07 nachreichen.

Wir bitten Sie, diese auch den anderen Mitgliedern des Ausschusses zur Kenntnis zu geben.

Einzelplan 07 Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Auch in diesem Bereich wurde die Hoffnung nicht erfüllt, die Arbeitszeitverkürzung in mehr Stellen umzusetzen. Dies bedeutet, daß unter Berücksichtigung der Zahl der Beschäftigten (ca. 6.500) auf 160 neue Arbeitsplätze verzichtet werden muß. Dies wird sich besonders im Bereich der Versorgungsverwaltung - wie schon im letzten Jahr dargelegt - negativ für die dort Beschäftigten auswirken.

Kapitel 07 010 Ministerium

Die Personalansätze sind nicht ausreichend, wie sich aus der seit Jahren praktizierten Abordnungsflut von Angestellten und Beamten aus dem nachgeordneten Geschäftsbereich zum Ministerium ablesen läßt. Der Haushalt des Ministeriums muß auf den notwendigen Bedarf hin ausgerichtet werden. Ohne eine solche Regelung bleiben erhebliche Nachteile für die Beschäftigten der nachgeordneten Dienststellen bestehen (z.B. bei der Besetzung von der Beförderungsdienstposten,

der notwendigen Neueinstellungen zur Besetzung vakanter Arbeitsplätze usw.)

Kapitel 07 110 Gewerbeärzte und ZfS

- Für die Verstärkung der Bereiche
- Sicherheitsanalysen
- Bio- und Gentechnologie
- Humanisierung des Arbeitslebens
- ADV
- Vervielfältigungsstelle und Verwaltung

MMZ 10 / 3021

sind Stellenmehrungen bzw. Stellenanhebungen erforderlich.

Ebenso sind für den Betrieb des mobilen Untersuchungssystems und des Einsatzes vor Ort personelle Aufstockungen unumgänglich. Es werden zwei Gewerbemedizinalärzte/innen, zwei MTA, ein/e Chemieingenieur/in, ein/e Ingenieur/in für Meßtechnik- und Verfahrenstechnik, ein/e Informatiker/in sowie ein Kraftfahrer/in dringend benötigt.

Kapitel 07 120 Institut für Arbeit und Technik

Für den weiteren Ausbau des IAT werden 12 weitere Stellen benötigt.

Kapitel 07 210 Arbeitsgerichtsbarkeit

Hier ist zu kritisieren, daß 79 Stellen im gehobenen Dienst nur 2 Angestelltenstellen gleichwertiger Art gegenüberstehen. In Zukunft sollte mehr Sorge dafür getragen werden, daß allen Beschäftigtengruppen gleichwertige Chancen eingeräumt werden.

Kapitel 07 220 Sozialgerichtsbarkeit

Unter Berücksichtigung, daß wiederum 20 Stellen für Beamtenanwärter/innen des mittleren Dienstes ausgewiesen sind, weist die DAG daraufhin, daß insbesondere die Eingruppierung der Angestellten nach wie vor entsprechend schlecht ist. Aufstiegschancen sind für Angestellte überhaupt nicht vorhanden. Sie werden zudem noch durch die vorgenannten beabsichtigten Neueinstellungen weiterhin geschmälert.

56 Stellen des gehobenen Dienstes stehen nur 7 Stellen gleichwertiger Angestellten gegenüber.

Auch hier sollten durch entsprechende Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten den Angestellten Aufstiegschancen eröffnet werden, um eine gleichmäßige Teilhabe an höherwertigen Stellenbesetzungen zu erhalten. Wir weisen auf unser Fortbildungskonzept hin, das wir dem Ministerium zugeleitet haben.

In der Dienstart 07 und den Vergütungsgruppen VII / VIII BAT sind 95 Protokollführer/innen vorgesehen. Nach dem Tarifvertrag ist aber die Eingruppierung der betroffenen Beschäftigten nach Vergütungsgruppe VI b / VII vorzunehmen. Somit

sind diese 95 Protokollführer/innen in Vergütungsgruppe VI b / VII BAT aufzunehmen. Die DAG spricht sich auch in diesem Bereich mit Nachdruck gegen die Umwandlung von Angestelltenstellen in Beamten- und Richterstellen aus.

Kapitel 07 230 Oberversicherungsamt

Für die Errichtung eines Landesversicherungsamtes werden 42 Mehrstellen beantragt.

Kapitel 07 330 Versorgungsverwaltung

Die DAG kritisiert, wie schon in den vergangenen Jahren, die fortdauernde Ausweisung von Kw-Vermerken und deren Realisierung in diesem Bereich.

Die Ausweisung von Kw-Vermerken im Angestelltensektor betrachten wir in Übereinstimmung mit den Personalvertretungen in der Versorgungsverwaltung im Hinblick auf die bereits vollzogenen Einsparungsmaßnahmen (über 400 Stellen von 1983-1989) als eine völlig überzogene Maßnahme, die gegenüber den Beschäftigten der Versorgungsverwaltung nicht mehr zu verantworten ist. Zu Verwirklichung humanerer Arbeitsbedingungen fordern wir Sie als verantwortliche Parlamentarier/innen auf, die Realisierung der Kw-Vermerke aufzugeben und diese Stellen zur Besetzung freizugeben.

Anlässlich der Übertragung des Bundeserziehungsgeldgesetzes auf die Versorgungsverwaltung ab 1.1.86 wurde der Personalbedarf für die entsprechenden neuen Arbeitsgruppen aus den bereits vorhandenen Arbeitseinheiten abgedeckt. Die Beschäftigten der Ämter haben das mitgetragen. Wir sind aber davon ausgegangen, daß weitere Stelleneinsparungen, sei im Haushalt der Titelgruppe 425/10 oder Titelgruppe 425/60, nicht vorgenommen werden und zwar auch nicht durch die Ausbringung oder Realisierung von Kw-Vermerken. Der Personalbedarf sollte im Hinblick auf die Übertragung neuer Aufgaben erhalten bleiben. Dies wird aber hier nicht praktiziert.

Nicht außer Betracht kann bleiben, daß nach unseren Rechnungen die Versorgungsämter eine Unterbesetzung von 10 Normalrentengruppen = 400 Kräfte ausweisen. Diese Unterbesetzung steigert sich noch um die für die Durchführung des Bundeserziehungsgeldgesetzes aus den Rentengruppen abgezogenen ca. 160 Kräfte und den Bedarf für die Aufsicht bei Medizinerprüfungen sowie der Durchführung von Aufgaben für das Landesprüfungsamt für Medizin und Pharmazie und für Freistellungen von Personalratsmitgliedern und Schwerbehindertenvertretungen. Diese Entwicklung übertrifft bei weitem unsere früheren Befürchtungen. Wir müssen die Frage stellen, wie sich der personelle Abschmelzungsprozeß mit den Bestrebungen zur Zukunftssicherung der Versorgungsverwaltung vereinbaren läßt. Ebenso ist die Ausweisung der für die Durchführung des Schwerbehindertengesetzes geschaffenen Angestelltenstellen einer Titelgruppe des Sachhaushaltes zu beenden. Diese Stellen sind im ordentlichen Haushalt auszuweisen, weil die früheren Voraussetzungen für die Ausbringung der Stellen im Sachhaushalt bereits seit vielen Jahren entfallen sind.

Die Durchführung des Schwerbehindertengesetzes durch die Versorgungswaltung ist längst zu einer Daueraufgabe geworden. Die Vermehrung der Arztstellen wird von uns begrüßt.

Kapitel 07 .510 Landesstelle für Aussiedler, Zuwanderer und ausländischer Flüchtlinge in NRW .

Der angegebene Stellenbedarf reicht für diese Einrichtung nicht aus. Die hohen Aussiedlerzugänge im Jahre 1989 haben dazu geführt, daß die notwendige Abwicklung der Geschäfte mit dem vorhandenen Personal nicht zeitgerecht bewältigt werden konnte. Die DAG hält es für dringend erforderlich, gerade in diesem sensiblen Bereich eine rasche Geschäftsabwicklung vorzunehmen, darauf haben wir schon in unserer Stellungnahme 1990 hingewiesen. 137 Mehrstellen sind hier einzurichten, z.Zt. werden Angestellte mit Zeitverträgen eingestellt. Hier muß eine Umwandlung in feste Planstellen vorgenommen werden. Durch das extrem hohe Geschäftsaufkommen in allen Aufgabengebieten waren Verschiebungen bei der Aufgabenübertragung von Beschäftigten unumgänglich. Aus diesem Grunde sind zu den Mehrstellen noch 19 Stellenhebungen erforderlich.

Wir bitten Sie, diese Stellungnahme im Interesse der Beschäftigten in diesem Geschäftsbereich zu prüfen und unsere Forderungen in Ihre Beratungen miteinzubeziehen.

Mit freundlichen Grüßen

Deutsche Angestellten-Gewerkschaft
Landesverband NRW
Abteilung Öffentlicher Dienst

Marita Klein

Marita Klein

Kopie: an DAG-Bezirke
und HPR MAGS